







DAS ERSTE JAHRZEHNT DES 21. JAHRHUNDERTS HAT GEZEIGT, DASS DIE GLOBALISIERTE WELT VERBINDLICHER REGELN BEDARF, UM HUMAN UND LEBENSWERT ZU BLEIBEN. SICHERHEIT, FREIHEIT, WOHLSTAND UND TEILHABE AN DER ZUKUNFT HABEN IHREN PREIS: GEMEINSAME ANSTRENGUNG, MITVERANTWORTUNG UND ENGAGEMENT.

## WARUM DEUTSCHLAND SICH ENGAGIEREN MUSS

### ZIELE UND WEGE VERNETZTER SICHERHEIT

DR. MICHAEL A. LANGE

*Leiter Team Außen-,  
Sicherheits- und Europapolitik,  
Hauptabteilung Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Ein Ergebnis der weltpolitischen Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges und nach den Erfahrungen der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist ein Paradigmenwechsel in Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit.

Bis zum Ende der Ost-West-Konfrontation wurden nur Konflikte zwischen Staaten als Bedrohung empfunden; innerstaatliche Auseinandersetzungen wurden dagegen als lokale Konflikte (Bürgerkrieg) in fernen Regionen abgetan und als weniger bedrohlich wahrgenommen. War die „gefühlte“ Bedrohung beim Bürger am Ende der Ära des Kalten Krieges daher oft eher gering, so hat sie in Europa und auch in Deutschland angesichts der Bilder von Terroranschlägen in unseren Nachbarländern deutlich zugenommen. Wir stehen vor einer Vielzahl neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen, die von bisher unbekannt globalen, regionalen und lokalen, dabei oft sogar nicht-staatlichen (Gewalt-)Akteuren ausgehen.

Offensichtlich ist, dass sich der Sicherheitsbegriff insgesamt gewandelt bzw. erweitert hat. Neben die Bedrohung des Einzelnen in unserer Gesellschaft durch „traditionelle“ Gewalkriminalität rückt die „neue“ Bedrohung durch terroristische Anschläge. Hinzu tritt eine wachsende Bedrohung von Individuen in fragilen Staaten durch die Verletzung von Menschenrechten, denen wir nicht mehr tatenlos zusehen wollen. Angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen empfinden wir immer stärker *responsibility to protect*, ungeachtet nationaler Souveränitätsansprüche. Deutschland kann sich diesen neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht entziehen. Eine so empfundene Schutzverpflichtung gegenüber Menschen, die jenseits unserer nationalen Grenzen in menschenverachtenden, diktatorischen, schwachen bzw. bereits gescheiterten Staaten leben müssen, zwingt uns, im Verbund mit Partnern, die unsere Werte teilen, immer mehr weltpolitische Verantwortung zu übernehmen.

*Deutschlands Verantwortung in der Welt besteht auch darin, die Rechte derer zu schützen, die in menschenverachtenden oder diktatorischen Staaten leben.*

Diese Verantwortung wird in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Deshalb müssen, neben unseren Interessen, auch unsere Grundwerte noch stärker Maßstab deutscher Außen- und Sicherheitspolitik werden. Die beschriebenen Herausforderungen reichen dabei von nur schwer abschätzbaren Entwicklungen (Unsicherheiten) über potenzielle Gefährdungen bis hin zu realen Bedrohungen. Die Globalisierung bringt einem international erfolgreichen Exportland wie Deutschland zwar vor allem Vorteile, sie birgt jedoch durch die enge Vernetzung auch neue Gefahren und daraus resultierende Bedrohungen.

Lokale Konflikte jenseits unserer Grenzen entfalten globale Wirkungen. Der internationale Terrorismus verändert die Bedingungen internationaler Politik und damit letztlich auch die Voraussetzungen für den Einsatz von Streitkräften. Diesen wird im Rahmen des notwendigen Krisen- und Konfliktmanagements in Zusammenarbeit mit zivilen Kräften eine immer bedeutendere Rolle zukommen.

Dabei tritt das klassische „symmetrische“ Bedrohungsszenario eines zwischenstaatlichen Krieges, auf das die Bundeswehr – nicht zuletzt auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung und Bewaffnung – immer noch ausgerichtet ist, heute eher in den Hintergrund.

Stattdessen konstatieren wir eine zunehmende Entstaatlichung des Kriegsgeschehens in Gestalt von sogenannten asymmetrischen Konflikten, in denen Söldnergruppen, bewaffnete Milizen bis hin zu privaten Sicherheitsfirmen als neuartige, nichtstaatliche Gewaltakteure das Geschehen bestimmen. Von solchen „asymmetrischen“ Konflikten, die sich oft „fern der Heimat“ abspielen, gehen immer größere Gefährdungen auch für die Sicherheit unseres Landes aus. Ob diese Bedrohungen durch Ausbildungslager für Terroristen, die Geiselnahme von Touristen, Überfälle auf Handels- oder Kreuzfahrtschiffe durch Piraten in internationalen Gewässern, Hackerangriffe auf deutsche Kommunikations- oder Transportnetzwerke oder sonstige „unfreundliche“ Akte entstehen, immer häufiger nehmen sie ihren Ausgang außerhalb Deutschlands. Die räumliche Entfernung zu einem solchen asymmetrischen Konflikt sagt heute nichts mehr über seine Relevanz für die Sicherheit eines Landes aus.

Sicherheitsvorsorge bzw. Terrorabwehr kann aus diesen Gründen also nicht mehr nur „passiv“ im Rahmen einer Landes- bzw. Bündnisverteidigung durch Abschreckung erfolgen, sondern muss in wachsendem Maße „aktiv“, nicht zuletzt auch durch potenziell gefährliche Auslands-/Antiterrorereinsätze erfolgen. Die internationale Gemeinschaft wird in Zukunft vermehrt gezwungen sein, gewaltsame (lokale) Konflikte am Ort ihrer Entstehung einzudämmen, um ein Übergreifen auf andere Regionen bzw. das eigene Territorium dauerhaft zu verhindern. Die „Asymmetrie“ der Konflikte resultiert dann vor allem aus der Tatsache, dass im Rahmen terroristischer Strategien unsere technologisch-organisatorische Überlegenheit oft durch eine erhöhte Opferbereitschaft unserer Gegner ausgeglichen wird, die bis hin zur Selbsttötung geht.

In der hinter uns liegenden Phase des Kalten Krieges lautete die Maxime der Bundeswehr noch: „Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen.“ In einer globalisierten und eng vernetzten Welt ist die Situation eine völlig andere. Die Bundeswehr muss sich in der Konsequenz von einer Präsenzarmee zu einer Einsatzarmee wandeln. Viele deutsche Soldaten erfüllen bereits jetzt ihren Auftrag zusammen mit Partnern und Verbündeten weit jenseits der eigenen Landesgrenzen. Dort geht es aber nicht – wie mancher Kritiker behauptet – darum, politische Probleme militärisch zu lösen, sondern darum, die Voraussetzungen zu schaffen, damit politischer Wiederaufbau oder Staatsbildung in Krisenregionen, wie jene etwa am Hindukusch, überhaupt möglich wird.

Wir müssen der Gefahr entgegentreten, dass von schwachen (Afghanistan) oder gescheiterten Staaten (Somalia) Instabilität und Terror auf andere Teile der Welt ausstrahlen. Deshalb leisten auch wir unseren Beitrag, damit diese Staaten in Zukunft wieder selbst für ihre „innere“ Sicherheit sorgen können. Dies erfordert vor allem eine nachhaltige Ausbildung und Unterstützung der jeweiligen nationalen Sicherheitsorgane (Armee, Polizei und Justiz) sowie ziviles Engagement, denn Sicherheit und Entwicklung in Krisenregionen bedingen einander. Ohne Sicherheit kann es keine nachhaltige politische oder wirtschaftliche Entwicklung geben; ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit demokratischer Teilhabe kann in keinem Land langfristig innere Stabilität hergestellt werden. Strebt man in solchen Krisengebieten nicht nur eine kurzfristige (militärische) Stabilisierung der Lage durch Maßnahmen der Krisenintervention an, muss die Frage nach der langfristigen Sicherstellung des Wiederaufbaus von auf Entwicklung ausgerichteten staatlichen Strukturen beantwortet werden.

Reicht die allein militärische Reaktion also nicht aus, zumal das Militär selbst in der Regel nicht über alle heute notwendigen Kenntnisse, Strategien und Instrumente verfügt, die für eine nachhaltige Konfliktbeilegung in ihnen nicht vertrauten Krisengebieten (Entwicklungsländern) erforderlich sind, so muss der militärische Einsatz von entwicklungspolitischen Anstrengungen, seien sie nun staatlicher oder nichtstaatlicher



*Mit dem Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ trägt die Bundesrepublik zur Stabilisierung Afghanistans entscheidend bei. Das Bild zeigt deutsche Bundeswehrsoldaten, die im Mai 2009 im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (CIMIC) mit Vertretern eines Dorfrates sprechen.*

Provenienz, begleitet werden. Militärische Interventionen können eben immer nur „Zeit kaufen“, um die notwendigen politischen Lösungen zu finden.

Dies bedeutet dann aber auch, dass ohne eine vorübergehende externe Sicherheitspräsenz – etwa in Form der ISAF-Kontingente – kein Wiederaufbau, ohne Erfolge beim Wiederaufbau aber auch keine dauerhafte Reduzierung dieser Kontingente möglich erscheint, zumindest solange eine Übertragung der Sicherungsaufgaben auf nationale Sicherheitskräfte noch nicht möglich ist.

Sollte sich diese Übertragung allerdings in unverantwortlicher Weise verzögern, etwa wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft der nationalen Regierung, stellt sich, nicht zuletzt aus finanziellen Erwägungen, dann schon die Frage, wie mit dem eingegangenen kostenträchtigen Engagement weiter zu verfahren ist. Gelingt es der lokalen Exekutive in einem überschaubaren Zeitraum nämlich nicht, der Herausforderungen Herr zu werden bzw. das staatliche Gewaltmonopol wieder zu etablieren, kann es zu einer dauerhaften Aneignung der natürlichen und existenznotwendigen Ressourcen (z.B. Öl, Diamanten, Drogen) des jeweiligen Landes durch konkurrierende Clans oder ethnische (Minderheiten-)Gruppen kommen. In der Konsequenz bestimmen sie dann die Gesetze und Strukturen, befinden willkürlich über Leben und Tod.

Ein solcher Zustand kann über kurz oder lang zur gewöhnlichen Lebenssituation gerade für junge Menschen (Beispiel Kindersoldaten) werden, die sich in diesen Strukturen einrichten und sich keine andere als eine solche „kriminelle“ bzw. „terroristische“ Existenz mehr vorstellen können. Ihnen bietet eine andere Ordnung kaum Chancen, weshalb sie dagegen auch energisch kämpfen werden. Gleichzeitig kann die Einsatzmüdigkeit der (ausländischen) Militärs, verbunden mit einer abnehmenden Zustimmung der eigenen Bevölkerung zum Auslandseinsatz ihrer Soldaten, zu weiteren politischen Problemen – etwa bei Mandatsverlängerungen – führen. Da solche Probleme auch den Widerstand leistenden, feindlichen Kräften in den Einsatzländern dank der weltumspannenden Medien nicht verborgen bleiben, können sie die weiteren Entwicklungen durchaus realistisch einschätzen. Nicht zuletzt deshalb kommt es in solchen Krisenszenarien zu Redewendungen wie: „Ihr habt die Uhren, aber wir haben die Zeit.“

Ziel des deutschen Konzeptes der „Vernetzten Sicherheit“ muss es deshalb immer sein, vor dem Hintergrund finanzieller Beschränkungen und politischer Unwägbarkeiten zu einer größtmöglichen, effizienten Koordination aller am Auslandseinsatz beteiligten Kräfte zu gelangen, um einen Erfolg nicht nur möglich, sondern auch absehbar zu machen. Dafür bedarf es einer institutionellen Abstimmung der nationalen Akteure. Im Einsatzland selbst gelingt dies, angesichts der oft großen Anzahl internationaler staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und der Kooperationsnotwendigkeit mit der einheimischen Regierung, zugegebenermaßen oft nur sehr schwer. Umso mehr ist zumindest im eigenen Land eine organisierte, ressortübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen am Einsatz beteiligten Ministerien erforderlich. Nur wenn bereits auf der Planungsebene Übereinstimmung über Ziele und Maßnahmen erreicht ist, kann der Einsatz in sich schlüssig sein und bei der eigenen Bevölkerung die notwendige Zustimmung finden.

Asymmetrische Bedrohungen von der beschriebenen Komplexität kann heute aber kein Staat – auch die Vereinigten Staaten nicht – allein meistern. Diese neuartigen Gefahrenlagen zwingen nicht nur Deutschland, seine außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Konzepte, Strategien und Instrumente zu überdenken bzw. anzupassen. Die gesamte internationale Gemeinschaft muss sich diesen Herausforderungen gemeinsam stellen.



*Asymmetrische Bedrohungen wie die Piraterie am Horn von Afrika muss die internationale Gemeinschaft gemeinsam meistern.*



## EIN VOGEL MIT ZWEI FLÜGELN

### VERNETZTE SICHERHEIT AM BEISPIEL AFGHANISTAN

Deutschlands Engagement am Hindukusch verdeutlicht, dass die Ambitionen und der Umgang mit den neuen Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts eine Transformation des Sicherheitssektors notwendig machen. In diesem Prozess erfordert die „Vernetzte Sicherheitspolitik“ ein Denken und Handeln in neuen Dimensionen. Das formulierte schon 2006 der damalige Verteidigungsminister, als er sagte, dass für eine vernetzte Sicherheit „die eng abgestimmte Arbeit vor allem zwischen dem Bündnis der Europäischen Union und den Vereinten Nationen“ entscheidend sein wird.

Kurze Zeit später wurden im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ die neuen Herausforderungen und der daraus resultierende Themenschwerpunkt „Vernetzte

Sicherheit“ detailliert beschrieben: „Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen, die nur im multinationalen Wirken beeinflusst werden können, bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewähr-

leistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen und globalen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist.“

Vernetzte Sicherheit ist zu einer Chefsache geworden, wie die USA-Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2009 belegt. In ihrer Rede vor Senat und Repräsentantenhaus in Washington bekannte sie sich zum „Konzept der Vernetzten Sicherheit“ für Afghanistan, bei dem militärisches und ziviles Engagement verbunden sind. Das bedeutet in der Praxis

ein Miteinander von wirtschaftlicher Entwicklung und militärischer Sicherheit. Das eine, so die Überzeugung, funktioniert nicht ohne das andere.

Ein afghanisches Sprichwort, das besagt, dass ein Vogel mit einem Flügel nicht fliegen kann, veranschaulicht diesen Ansatz. Sinnbildlich gesprochen, sind Sicherheit und Entwicklung die beiden Flügel, die Afghanistan bei seinem demokratischen Neustart unterstützen sollen. Aus diesem Grund beteiligt sich die Bundesregierung in Afghanistan mit erheblichen Mitteln an Aufbau- und Entwicklungsprojekten: von der Infrastruktur über Bildungsprogramme bis hin zu Ausbildungsmaßnahmen für die Polizei.

Das beharrliche Engagement der Bundesregierung und auch des Deutschen Bundestages hat außerdem dazu geführt, dass inzwischen auch die Partner Deutschlands von diesem Ansatz überzeugt sind und die Politik der Vernetzten Sicherheit heute Konsens unter den NATO-Verbündeten ist. Dies kann als ein nachhaltiger Erfolg deutscher Afghanistan-Politik bewertet werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet in Afghanistan und Pakistan in diesem Kontext wertvolle Arbeit, indem sie lokale politische Entscheidungsträger und Vertreter der Zivilgesellschaft regelmäßig über den Ansatz der Vernetzten Sicherheit, der die Interessen und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bündelt, informiert und sensibilisiert. In Afghanistan hat sich hierbei das von der KAS mitbegründete National Centre for Policy Research (NCPRI) als „Think & Training Tank“ behaupten können. Im Rahmen einer Kooperation mit dem Militärattachéstab und der Führungsakademie werden in Pakistan erstmals im Jahr 2010 Teilnehmer des pakistanischen Generalstabes zu einem sicherheitspolitischen Seminar eingeladen werden.

Dr. Babak Khalatbari  
Leiter Auslandsbüro Afghanistan und Pakistan,  
Konrad-Adenauer-Stiftung



## RETTUNGSANKER SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

### LEHREN AUS DER FINANZ- UND WIRTSCHAFTSKRISE

**DAVID GREGOSZ** Die Bundesregierung steht vor erheblichen Herausforderungen, die die gesamte Legislaturperiode prägen werden. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, der tiefen Rezession, die die Weltwirtschaft im Jahr 2009 bestimmte, sowie fortdauernde Reformnotwendigkeiten auf einzelnen Politikfeldern haben Priorität auf der Agenda.

*Koordinator Grundsatzfragen  
und Ordnungspolitik,  
Hauptabteilung Politik  
und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Nicht zuletzt von der Bewältigung der interdependenten Problemlagen wird abhängen, ob sich die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell mit Vorbildcharakter für Europa und die Welt wieder erhöhen kann. Es war nicht die Wirtschaftsordnung Erhard'scher Prägung, die versagte bzw. die internationale Finanzmarktkrise auslöste. Es war vielmehr die Missachtung ihrer grundlegenden Prinzipien, die zu den weltweiten Verwerfungen beitrug.

**SUSANNA VOGT**

*Referentin Globale  
Wirtschafts- und Sozialordnung,  
Hauptabteilung Internationale  
Zusammenarbeit,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

### URSACHEN UND FISKALISCHE AUSWIRKUNGEN

Ausgangspunkt der Banken- bzw. Finanzkrise war – neben erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichten, ineffizienten Aufsichtsstrukturen und falschen Anreizmechanismen im Bankensektor – eine verfehlte Sozial- und Geldpolitik in den USA. Sie begünstigte die Entstehung einer Spekulationsblase am Immobilienmarkt, deren Platzen den Auslöser für weitere Negativentwicklungen an den Finanz- und Gütermärkten bildete. Steigende Finanzierungskosten, eine zurückhaltende Kreditvergabe, wirtschaftliche Abschottungstendenzen und ein massiver Vertrauensschwund – ablesbar an einbrechenden Börsenkursen – waren die Folge. Schmerzhaft erlebten Bürger und Unternehmen, dass die globale Verflechtung der Volkswirtschaften – neben ihrer unbestreitbar wohlstandsmehrenden Wirkung – zu einer ungebremsen Weitergabe ökonomischer Schocks führte.

### DEN POPULISTEN TROTZEN

Wir erleben weltweit die größte Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Aufgrund ihrer Dimension und globalen Synchronität ist die heutige Situation jedoch ungleich komplexer als vor achtzig Jahren. Die gesellschaftliche Verunsicherung ist groß, weshalb populistische Angriffe auf das Marktprinzip leicht verfangen. Diese Kritik blendet jedoch aus, dass die Ergebnisse auf dem Markt Folge menschlichen Handelns sind. Der Markt ist keine autonom agierende Instanz, sondern der effizienteste Lenkungsmechanismus für das Handeln einer Vielzahl von Akteuren innerhalb eines Ordnungsrahmens. Für diesen Rahmen und die marktwirtschaftliche Regelsetzung, in deren Zentrum der Mensch stehen muss, trägt der Staat die Verantwortung.

*Die Soziale Marktwirtschaft, die als ordnungspolitische Idee den Wiederaufbau und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands ganz entscheidend flankiert hat, kann nicht nur auf eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung verweisen – sie steht darüber hinaus auf einer beachtenswerten theoretischen und sozial-ethischen Grundlage.*

Zu dieser Funktion des Staates bekennen sich gerade die Befürworter einer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung. Sie weisen dem Staat bewusst eine aktive, verantwortungsvolle Rolle im Marktgeschehen zu, die dieser aber mit Augenmaß erfüllen muss. Dieses fundamentale Kriterium machten sich bereits die ordoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft rund um den Ökonomen Walter Eucken zu eigen.

#### PRINZIPIEN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT UND IHRE MISSACHTUNG

Die Ordnungstheoretiker der Freiburger Schule legten in den 1930er Jahren eine Neukonzeption des Liberalismus vor (und waren damit die eigentlichen „Neoliberalen“ – ein Begriff, der heute zu Unrecht mit dem Liberalismus klassischer Prägung verbunden wird). Sie waren der Überzeugung, dass der Markt nicht aus sich selbst heraus jene Ordnungsfunktion erfüllen kann, die ihm der klassische Liberalismus zuschrieb. Es waren die Ordoliberalen, die dem Staat als ultimativem „Gewährleister“ der marktwirtschaftlichen Ordnung eine besondere Bedeutung zumaßen. Über konstituierende und regulierende Prinzipien wie Marktpreismechanismus, Preisniveaustabilität, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung sowie Monopolkontrolle und progressive Einkommenssteuer sollten die staatlich gewährte Rahmenordnung sowie die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Wirtschaftsgeschehen gesteuert werden.

Der Verlauf der jüngsten Krise verdeutlicht, dass diesen Prinzipien nach wie vor Gültigkeit verschafft werden muss. Die beobachteten Marktübertreibungen waren unmittelbare Folge verfehlter Politik der Vergangenheit, die gegen die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstieß: In den USA versuchte man, die Konjunktur durch niedrige Zinsen zu stimulieren, und gab staatliche Anreize zur privaten Verschuldung. Die massive Geldmengenausweitung ließ Geld- und Gütermenge in ein Missverhältnis geraten. Außerdem entledigten sich viele Banken ihres Kreditausfallrisikos und damit der Haftung für bestimmte Geschäfte, indem sie Hypothekendarlehen verbrieften und am Markt an andere Banken, Finanzmarktakteure oder private Anleger verkauften, ohne von der Aufsicht zu einem Selbstbehalt gezwungen zu werden. Die direkte Gläubiger-Schuldner-Beziehung wurde zu Lasten einer intransparenten Haftungsstruktur aufgegeben. Fehlanreize bei Rating-Agenturen und Schwächen bei den internationalen Bilanzierungsregeln verstärkten die Entwicklung.

#### DIE RICHTIGE ANTWORT FINDEN

Trotz unübersehbarer Schwierigkeiten der Regelsetzung muss eine „Rückkehr des Staates“ in diesen Bereichen stattfinden. Dabei bildet die Soziale Marktwirtschaft den ordnungspolitischen Überbau, um die skizzierten Herausforderungen zu bewältigen. Sie bleibt eine adäquate Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und aus vielen Gründen eine zeitgemäße Ordnungsidee:

- Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsmodellen ist die Soziale Marktwirtschaft anthropologisch begründet und damit mehr als ein wirtschaftliches Konzept. Ausgangspunkt dieses Modells ist die Personalität des Menschen, auf dessen Urteilskraft und Entscheidungsfähigkeit vertraut werden kann.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb richtig, weil sie den Marktmechanismus ins Zentrum rückt. Die Fähigkeit der Marktwirtschaft, breiten Wohlstand zu generieren, ist unerreicht. Flankiert wird dies durch die staatliche Rahmenordnung und die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Marktgeschehen. Es darf nicht vergessen werden, dass die jetzige Krise auch durch die Verletzung dieser Grundlagen entstanden ist.
- Nur die Soziale Marktwirtschaft weist dem Staat eine konstruktive und angemessene Rolle zu. Sie minimalisiert ihn weder, noch überhöht sie ihn.



*Adäquate Antworten auf die Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise bietet die Soziale Marktwirtschaft. Für dieses Ordnungsmodell wirbt die KAS weltweit.*

- Mit dem Subsidiaritätsprinzip steht eine Vorgabe zur Verfügung, an der sich staatliches Handeln vor allem im Bereich der Sozialpolitik orientieren sollte: Die Missachtung dieses Prinzips hat wohlfahrtsschädliche Auswirkungen und diskreditiert den mündigen Bürger.
- Die Soziale Marktwirtschaft ist keine Doktrin, sondern ein „progressiver Stilgedanke“ (Alfred Müller-Armack). Aus diesem Grund ist sie als anpassungsfähiges Konzept international anschlussfähig.

#### INTERNATIONAL FÜR DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT WERBEN

*Die KAS veröffentlichte die „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ bisher in elf Sprachen, darunter Englisch, Französisch, Chinesisch, Russisch und Spanisch. Alle können heruntergeladen werden unter [www.kas.de/Leitlinien](http://www.kas.de/Leitlinien)*

Die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise erfordert auch international verbesserte Regeln. Die Diskussion über eine qualitative Wohlstandsmehrung hat mit der Krise neue Impulse erhalten. Ein solcher Wohlstand muss auf einer soliden Wertebasis aufbauen, wie sie die Soziale Marktwirtschaft bietet. Dieser Kerngedanke prägt auch die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Durch ihr weltweites Engagement soll fundamentalen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auf internationaler Ebene Geltung verschafft werden. Mit dem Grundlagendokument *Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften* wurde dabei ein Beitrag zur Debatte über eine globale Ordnungspolitik entwickelt. Das Dokument wird von führenden Repräsentanten aus Politik und Wissenschaft in der Europäischen Union mitgetragen und soll dem weltweiten Austausch in den Partnerländern der Konrad-Adenauer-Stiftung dienen. Ziel ist es, im Dialog mit politischen und zivilgesellschaftlichen Entscheidungsträgern, Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Vertretern aus der Wissenschaft und von Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden weltweit Verbündete für die dargelegten Grundlagen nachhaltigen Wirtschaftens zu identifizieren sowie für eine praxisorientierte Anwendung zu gewinnen.

Insbesondere der Dialog mit den Kirchen wird in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein. Beide christlichen Weltkirchen haben in einem umfassenden Verständnis der Krise als kultureller Aufgabe jenseits nationaler Grenzen ihre Position zur Finanzmarktkrise, deren Ursachen sowie dem möglichen Ausweg mit grundlegenden Texten – namentlich der ersten Sozialenzyklika Papst Benedikts XVI. sowie einem Wort des Rates der EKD – unterstrichen.

#### PERSPEKTIVEN

Die Krise hat das Fenster zur Diskussion über globale wirtschaftliche und soziale Ordnungsstrukturen weiter geöffnet. Auch in den USA und Großbritannien findet eine neue Debatte über Wirtschafts- und Sozialmodelle statt – das erleichtert internationale Übereinkünfte. Zugleich wächst das weltweite Interesse an der Sozialen Marktwirtschaft. Besonders junge Demokratien und Regierungen in prekärer Lage zeigen die Bereitschaft zum ordnungspolitischen Dialog. Außerdem wird die Bedeutung eines staatlich eingeregelter Markt und definierter staatlicher Eingriffsmöglichkeiten für eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung im Zuge der Finanzkrise auch auf globaler Ebene ersichtlich. Was für den Nationalstaat gilt, ist auch für die Weltwirtschaftsgemeinschaft wichtig und lässt sich auf die Kernforderung der Ordoliberalen konzentrieren: Freiheit braucht Ordnung und muss mit Verantwortung verknüpft werden. Die Soziale Marktwirtschaft ist den Gefahren, die sich aus der Finanzkrise ergeben haben, gewachsen.



# SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT: WISSEN DIGITAL BÜNDELN

*„Es ist bedrückend zu sehen, wie viele – auch von jenen, die sich ihr verhaftet fühlen – heute mit leichter Hand inflationär das Wort ‚Soziale Marktwirtschaft‘ im Munde führen, es aber leider kaum noch erklären können und – was so wichtig ist in dieser Zeit – sie auch nicht mehr verteidigen können.“ Mit diesen Worten eröffnete der ehemalige Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) seine Antrittsrede im Februar 2009 im Deutschen Bundestag.*



*Diese ernüchternde Zustandsbeschreibung hat nichts an Aktualität eingebüßt. Es ist durch zahlreiche Umfragen hinlänglich belegt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahren teilweise das Vertrauen entzogen. Das mag auch daran liegen, dass es heute nur wenige glaubwürdige Führungspersönlichkeiten und Institutionen gibt, die sich ihrem originären Gedankengut verpflichtet fühlen und es – auch gegen Widerstände – vermitteln können. Es darf daher nicht verwundern, dass das Wissen um die handlungsleitenden Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft „verschüttet“ ist. Im schlimmsten Fall werden die heutigen wirtschaftlichen Probleme, etwa sinkende Wachstumsraten, strukturelle Arbeitslosigkeit, sanierungsbedürftige Sozialsysteme oder die immense Staatsverschuldung, einfach dem System der Sozialen Marktwirtschaft angekreidet. Mag der diagnostizierte Vertrauensschwund in unsere Wirtschaftsordnung auch mit der unreflektierten Gleichsetzung der ordnungspolitischen Idee mit der ökonomischen Realität zusammenhängen?*

*In jedem Fall scheint es immens wichtig, weiter über die Grundlagen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu informieren und sich auch um deren Fortentwicklung zu bemühen. Schließlich ist sie ein Kernbestandteil der christdemokratischen Idee. Im Zeitalter digitaler Medien wird dabei auch das Internet zunehmend wichtiger, das für junge Menschen ohnehin das Informationsmedium erster Wahl geworden ist.*

*Vor diesem Hintergrund bündelt ein Internetportal die Angebote der Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Themenbereich, will also „verschüttetes“ Wissen freilegen und neu vermitteln. Es werden Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt, Hintergründe der Wirtschafts- und Finanzkrise erläutert, einzelne Fragen direkt aufgegriffen und weiterführende Hinweise gegeben. Das Portal listet aktuelle Veranstaltungstermine sowie neue Publikationen auf und bietet Zugang zu anderen themenbezogenen Plattformen. Programmatische Texte, die Biographien der Gründungsväter, Videoclips und die Kontaktangaben zu den Experten in der Konrad-Adenauer-Stiftung komplettieren das Onlineangebot.*

**[www.kas.de/soziale-marktwirtschaft](http://www.kas.de/soziale-marktwirtschaft)**



## NEUE WEGE

### ZUM STELLENWERT VON METHODIK UND DIDAKTIK IN DER POLITISCHEN BILDUNG

ANNETTE WILBERT

*Koordinatorin Stabsstelle  
Didaktik und Methodik,  
Hauptabteilung Politische  
Bildung, Konrad-Adenauer-  
Stiftung*

Es ist eines der Kernanliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Grundlagen unserer repräsentativen Demokratie systematisch zu erläutern, christlich-demokratische Werte zu vermitteln und Kompetenzen für demokratisches Handeln zu stärken. Die zunehmende Mediatisierung der Politik und der wachsende Einfluss des Internets stellen die politische Bildung dabei vor besondere Herausforderungen. Denn „wer nichts weiß, muss alles glauben“ (Marie von Ebner-Eschenbach), was berichtet oder behauptet wird.

Studien belegen beispielsweise, dass die Wähler das Fernsehen als die wichtigste Informationsquelle über den aktuellen Wahlkampf betrachten. Sie folgen den Änderungen des Tenors der Fernsehberichterstattung und halten diesen für realitätsnah. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchungen ist, dass für eine Wahlentscheidung nicht unbedingt die Sachkompetenz, sondern die Sympathie zu einer vertrauenswürdigen Persönlichkeit ausschlaggebend ist. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass sich konstant positive Berichterstattung begünstigend auf die Wähler auswirkt und negative Beiträge die Unterstützung der Wähler verringern.

Vor diesem Hintergrund erhalten Fragen der Methodik und Didaktik in der politischen Bildung eine ganz neue Bedeutung. Welche Inhalte und Ziele wollen wir vermitteln? Wen wollen wir erreichen? Und vor allem: Wie können wir unsere Zielgruppen erreichen und politische Bildung so vermitteln, dass sie ihre Wirkung maximal entfalten kann?

### AUF VIELFÄLTIGE ANFORDERUNGEN FLEXIBEL REAGIEREN

Darauf gibt es keine leichte Antwort. Zu heterogen ist unsere Gesellschaft und zu unterschiedlich sind die Lernvoraussetzungen. Zu vielfältig sind aber auch die einsetzbaren Methoden und Möglichkeiten moderner Unterrichtsgestaltung in Zeiten des Web 2.0. Wer über den strategischen Einsatz neuer Vermittlungsformen und Methoden nachdenkt, kommt daher nicht umhin, Zielgruppen jenseits der eingeübten soziodemographischen Kriterien zu bestimmen und besonders wirksame Motivationsanreize neu zu denken. Folgende Beispiele mögen dies verdeutlichen.

*Lernen am Computer und  
im Internet ist nur dann  
erfolgreich, wenn es durch  
Präsenzphasen, in denen  
zwischenmenschliche  
Kommunikation stattfindet,  
ergänzt wird.*

Ein erster Ansatzpunkt könnten die unterschiedlichen zeitlichen Bedürfnisse sein. Erwerbstätigen Erwachsenen bieten die neuen Medien vielfältige neue Lernszenarien. E-Learning-Angebote und Online-Akademien machen Erwachsenenbildung unabhängig von örtlichen und zeitlichen Zwängen möglich. Sie sind aber, wie die Erkenntnisse der lernpsychologischen Forschung bestätigen, nur dann erfolgreich, wenn sie mit Präsenzphasen verknüpft sind. So wissen wir heute, dass das Gehirn ein soziales Organ (*social brain*) ist, das auf zwischenmenschliche Kommunikation angewiesen ist. Deshalb sind wir Menschen primär auf Resonanz und auf Kooperation „gepolit“. Das Gehirn belohnt das Miteinander durch Ausschüttung von gewissen Botenstoffen, die Wohlbefinden

erzeugen. Und alle neuronalen Motivationssysteme sind darauf ausgerichtet, Wertschätzung, Zuwendung, Bestätigung durch andere zu finden.

#### DIE INTERNET-GENERATION ERREICHEN

Ein weiterer Anknüpfungspunkt könnte die unterschiedlich stark ausgeprägte Medienaffinität sein. Die heranwachsende digitale Generation nutzt das Internet bereits selbstverständlich. Sie ist es auch, deren politische Einstellung und Erwartungshaltung in besonderem Maße durch die Medien beeinflusst wird. Das Internet ist für sie nicht nur Werkzeug im Klassenzimmer, Seminarraum, Büro oder Alltag, sondern auch ein sozialer Raum. Vor allem ist es ein freier Raum, wenngleich auch kein rechtsfreier Raum. Das Wertgefüge derjenigen, die sich regelmäßig in diesem Raum bewegen, scheint verändert, wie die Erfahrungen mit der Piratenpartei in jüngster Zeit deutlich machen. So sprechen sich zum Erstaunen vieler, die eine klassische politische Bildung genossen haben, grundsätzlich und ohne Güterabwägung gegen Internet-Zensur aus. Sie wollen, wie der Erfolg neuer Veranstaltungsformate wie Barcamps, d.h. partizipativ organisierte Veranstaltungen, zeigt, weder „didaktisiert“ werden, noch an „didaktisierten“ Materialien lernen. Sie wollen Freiraum, in dem sie jedoch begleitet werden möchten.

Das Internet ist hierarchiefrei, unkontrollierbar allwissend, und die junge Generation hegt eine besondere Kritikkultur untereinander – diese Gepflogenheiten verändern den Zugang zur und den Umgang mit Information. Dementsprechend sollte auch die Vermittlungsmethode gewählt und das Bildungsangebot konzipiert werden. Anwendungen wie Weblogs, Wikis, Chatdienste und Foren, E-Mail, Lernplattformen einerseits, Artikel, Websites, Wikipedia-Artikel andererseits bieten ganz neue Möglichkeiten. Diese Anwendungen und Inhalte sind mehr als Werkzeuge, mit denen sich Inhalte recherchieren lassen. Sie leisten einen Beitrag zu wesentlichen politischen Kompetenzen und unterstützen die Lernenden darin, sich Politik nach konstruktivistischen Lernprinzipien anzueignen.

Es erscheint zudem geboten, die Zielgruppe der Jugendlichen besonders in den Blick zu nehmen. Noch nie haben so wenige Bürger ihr Recht zu wählen genutzt wie heute. Der seit mehr als zwei Jahrzehnten anhaltende Trend korrespondiert mit der politischen Apathie bzw. dem Desinteresse vor allem auch jüngerer Menschen an der Politik und der zum Teil demonstrativen Abwendung von der traditionellen politischen Sphäre. Die Jugend zu gewinnen ist jedoch für viele gesellschaftliche Bereiche eine Notwendigkeit, für die Kirchen ebenso wie für die Politik, die Gewerkschaften und auch die politische Bildung. Dies gilt umso mehr, als empirische Beobachtungen belegen, dass die Jahre von zwölf bis sechzehn die entscheidenden Jahre für das politische Denken sind.

#### FÜR DIE HERAUSFORDERUNGEN GERÜSTET

Allein diese drei Beispiele zeigen, dass angesichts der Vielzahl, Unterschiedlichkeit und Komplexität der Veränderungen in der Gesellschaft die Methoden und Formate der politischen Bildung überdacht und neue Wege beschritten werden müssen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat mit der 2009 neu geschaffenen Stabsstelle Methodik und Didaktik die organisatorischen Voraussetzungen für eine strategische Anpassung des Lern- und Lehrangebotes geschaffen. Sie verdeutlicht die Bedeutung von Methodik und Didaktik nach innen und außen.

Die Umsetzung und Erschließung neuer Potenziale in den einzelnen Bereichen bleibt dabei eine Gesamtaufgabe. Es wird ein wichtiges Ziel sein, Akzeptanz für mehr Methodenvielfalt zu schaffen und zu ermutigen, neue Wege zu gehen. Dann aber wird die politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung auch in Zukunft die größtmögliche Wirkung entfalten und ihrem besonderen Auftrag gerecht werden.

*Damit die Politische Bildung der KAS leistungsfähig bleibt, geht sie stärker als bisher neue Wege in Methodik und Didaktik.*



*Die „digitale Generation“ – Vor allem junge Erwachsene nutzen die Lernangebote im Internet.*



## KIND UND STUDIUM ERFOLGREICH MEISTERN

### ELTERNNETZWERK DER STIPENDIATEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Ein wichtiges Anliegen der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist es, Rahmenbedingungen zu gestalten, in denen Studium und Familie miteinander vereinbar werden. Für erfreulich viele Stipendiatinnen und Stipendiaten lautet die Frage nicht „Karriere oder Kinder“, sondern „Karriere und Kinder“. Sie zu unterstützen und ihre Interessen auch in die öffentliche Diskussion einzubringen, hat sich die Begabtenförderung zum Ziel gesetzt.*

*Im Jahr 2006 waren 123.000 Studierende mit einem Kind an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Das entspricht 7 Prozent aller Studierenden. Bei den KAS-Stipendiaten ist der Anteil vergleichbar. Studierende mit Kind befinden sich häufig in dem Konflikt zwischen Studienanforderungen und Betreuungsbedarf. Das trifft besonders dann zu, wenn Lehrveranstaltungen am Abend oder am Wochenende –*

*und damit außerhalb der Regelzeiten von Einrichtungen der Kinderbetreuung – stattfinden.*

*Um ihr Studium erfolgreich zu absolvieren, brauchen Studierende mit Kind eine verlässliche Unterstützung. Etwa die Hälfte von ihnen hat in Deutschland für das Kind*

*einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung. Mehr als jede vierte Mutter beziehungsweise jeder vierte Vater lässt das Kind privat betreuen, ein weiteres Viertel nutzt sowohl institutionelle als auch außerinstitutionelle Betreuungsformen. Die Vereinbarkeit von Studium und Kind bewerten Studierende in Ostdeutschland viel optimistischer als in Westdeutschland (72 Prozent versus 58 Prozent). Die persönliche Sicht der Studierenden auf die Vereinbarkeit von Studium und Kind hängt stark davon ab, welche Erfahrungen sie gemacht haben. Die Mehrzahl (60 Prozent) sieht beides als prinzipiell vereinbar an.*

*Um auch die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu unterstützen, hat die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung erstmals im September 2009 den Workshop „Kinder – Studium – Berufseinstieg: Erfolgreich meistern“ für Eltern angeboten. In dieser Veranstaltung diskutierten die Teilnehmer über ihre bisherigen Erfahrungen und tauschten persönliche Erfolgsstrategien aus. Rollenvorbilder aus verschiedenen Berufsfeldern wurden vorgestellt, arbeitsrechtliche Fragen erörtert und in einem intensiven Bewerbungstraining eine individuelle Berufsplanung für die spezielle Situation als junge Eltern erarbeitet. Während des Workshops wurden die Kinder von qualifizierten Erzieherinnen betreut.*

*Im August 2009 wurde auf Initiative von Ulrike Löttsch und Holger Zapf das Elternnetzwerk „Studieren und Promovieren mit Kind – Netzwerk der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.“ gegründet. Das Netzwerk hat die Aufgabe, den Erfahrungsaustausch zwischen den Stipendiaten zu intensivieren, den Informationsfluss zwischen Eltern und der Begabtenförderung zu verbessern sowie Seminare für Eltern auszurichten. Eine eigene Kommunikationsplattform des Elternnetzwerkes ist in der Zwischenzeit im KAS-Alumni-Net eingerichtet worden.*

*Die Begabtenförderung der Stiftung misst dem Elternnetzwerk große Bedeutung bei, handelt es sich doch um einen wichtigen familienpolitischen Ansatz, Kindererziehung, akademische Ausbildung und Berufseinstieg besser miteinander zu vereinbaren.*

*Elvira Giebel-Felten  
Referentin Hauptabteilung Begabtenförderung  
und Kultur, Konrad-Adenauer-Stiftung*

*Christine Henry-Huthmacher  
Kordinatorin Frauen- und Familienpolitik,  
Hauptabteilung Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*





## UMWELTSICHERUNG IST ZUKUNFTSSICHERUNG

### VOM NATURSCHUTZ IN AMAZONIEN BIS ZUR UMWELTPOLITISCHEN PARTEIENBERATUNG

ANJA CZYMMECK

*Leiterin KAS-Verbindungsbüros  
Fortaleza (Brasilien)*

Wie vielfältig die Arbeit der KAS alleine in der Umweltpolitik ist, zeigt ein Einblick in das Länderprogramm Brasilien. Von der Förderung nachhaltiger Anbauweisen für Kleinbauern im Amazonasgebiet über die Vermittlung ökologischen Basiswissens für kommunale und regionale Entscheidungsträger bis zur umweltpolitischen Beratung der christlich-demokratisch orientierten Partnerpartei Democratas reicht das Engagement der KAS in dem südamerikanischen Schwellenland.

DR. NINO GALETTI

*Referent Energie und Umwelt,  
Hauptabteilung Internationale  
Zusammenarbeit*

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 schärfte auch beim Gastgeberland Brasilien das öffentliche Bewusstsein für den Erhalt von Natur und Umwelt. Nach dem Gipfel begannen sich viele Brasilianer mit Umweltthemen auseinanderzusetzen – ganz spezifisch mit dem Schutz der tropischen Regenwälder im Amazonasgebiet. Die brasilianische Politik erhob die Bewahrung der Naturschätze des Landes zu einem wichtigen Ziel.

Dieser „Geist von Rio“ ist bis heute Leitgedanke für die Arbeit der KAS in Brasilien, vor allem im Norden und Nordosten des Landes. Auf Grund der extremen Armut stehen Politiker, staatliche Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und die Bevölkerung vor der großen Herausforderung, ökonomische und ökologische Belange miteinander zu verbinden.

*Die KAS unterstützt Projekte,  
die die Umwelt schonen,  
verantwortungsvoll mit  
begrenzten Ressourcen  
umgehen und die soziale  
Entwicklung fördern.*

Dass eine verantwortungsbewusste Nutzung von Umweltressourcen und soziale Entwicklung erfolgreich Hand in Hand gehen können, zeigt die Arbeit der Nichtregierungsorganisation Centro de Estudos Avançados de Promoção Social e Ambiental (CEAPS). Seit über 25 Jahren hilft die Partnerorganisation der KAS unter dem Projektnamen „Saúde e Alegria“ (Gesundheit und Frohsinn) in mittlerweile über 140 Gemeinden, die entlang des Rio Tapajós im Amazonasgebiet liegen, das Leben der Menschen an die besonderen Herausforderungen der Region anzupassen. Seit 1994 ist die KAS an dieser Arbeit, von der rund 30.000 Anrainer profitieren, beteiligt. Sie organisiert Seminare, bei denen die Bevölkerung über Umweltprobleme innerhalb ihrer Gemeinde aufgeklärt und über alternative Handlungsmöglichkeiten informiert wird. So lernen die Flussanwohner etwa, wie man von den Schätzen des Regenwaldes leben kann, ohne diesen zu zerstören. Konkret bedeutet das: Die KAS hilft den Menschen, eine Ausbildung in einem Handwerk oder einer Kunstfertigkeit zu machen, um mit den Produkten der Natur – etwa Schuhe aus Kautschuk oder Körbe aus Palmblättern – eine Einkommensbasis zu erlangen. Daneben werden Bauern über die Vorzüge der Biolandwirtschaft, die Folgen illegaler Waldrodungen oder der Ausweitung von Monokulturen unterrichtet.

Mit der Vermittlung dieser Kenntnisse beauftragt die KAS auch den Zirkus Mocarongo, der Kindern und Jugendlichen wichtige Lerninhalte mit Hilfe künstlerischer Aktivitäten und Animationen vermittelt. Der Zirkus besucht die Flussgemeinden regelmäßig per Schiff und ist der Treffpunkt „Nummer eins“: Hier begegnen sich die Bewohner und diskutieren Probleme. Das wichtigste Ziel dabei ist die Fähigkeit einer jeden Kommune, sich selbst zu verwalten und ihre Probleme eigenständig zu lösen. Deswegen steckt „Saúde e Alegria“ zusammen mit der KAS viel Energie in die Vermittlung demokratischer Werte und ermutigt die Bevölkerung zum aktiven Engagement und zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen in ihren Gemeinden. Diese Bemühungen tragen inzwischen Früchte: Durch ein eigenes Radioprogramm und eine selbst erarbeitete Zeitung haben sich die Flussbewohner untereinander vernetzt und tauschen Informationen aus. Daneben haben sie einen gemeinsamen Rat der Flussgemeinden gegründet, um ihre Interessen gegenüber Behörden und Unternehmen, die im Amazonasgebiet aktiv sind, zu vertreten.

Ein weiterer Beitrag der KAS zum Umweltschutz in Brasilien ist ein gemeinsames Projekt mit der Europäischen Union zur Förderung der nachhaltigen familiären Landwirtschaft im Nordosten von Brasilien. Die Lebenssituation der Kleinbauern in dieser Region ist schwierig und hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschärft: Auf der einen Seite sind die kleinbäuerlichen Betriebe dem steigenden Druck großer landwirtschaftlicher Konzerne ausgesetzt, auf der anderen Seite müssen sie sich mit zunehmenden Umweltproblemen wie Wüstenbildung, Wasserknappheit und langen Dürreperioden auseinandersetzen. Ziel des Projekts ist es, Methoden der Biolandwirtschaft zu vermitteln und über die Vermarktung ökologischer Produkte zu informieren. Die Bauern lernen Anbaumethoden kennen, die nicht nur effizienter und nachhaltiger sind, sondern auch Boden und Natur schonen. Die KAS versucht so, den Lebensstandard dauerhaft zu verbessern und dadurch der Armut entgegenzuwirken. Darüber hinaus setzt sich die Stiftung für die Errichtung eines Netzwerks zwischen den einzelnen kleinbäuerlichen Betrieben ein, so dass die Bauern die Möglichkeit haben, Informationen, Fragen und Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen sowie ihr neues Wissen weiterzugeben. Dass eine Steigerung des Einkommens und damit auch der Lebensqualität mit politischer Partizipation und Artikulation in Wechselwirkung steht, wird hier deutlich. Die Regierung des Bundesstaates Ceará hat die KAS daher gebeten, sie in diesem Bereich auch auf regionaler Ebene zu beraten.

Aber auch auf nationaler Ebene ist das Länderprogramm Brasilien aktiv. Anlässlich der 2010 stattfindenden Präsidentschaftswahlen haben die Democratas, die Schwesterpartei der CDU in Brasilien, ein Parteiprogramm verfasst, in dem die Themenbereiche Umwelt, Energie und Klimaschutz an prominenter Stelle berücksichtigt sind. Die KAS lud 2009 führende Politiker der Partei nach Deutschland ein und brachte sie mit deutschen Umweltexperten, darunter auch Wissenschaftlern vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, zusammen. Bei einem Gespräch mit der baden-württembergischen Umweltministerin Tanja Gönner ließen sich die Brasilianer über aktuelle Entwicklungen in der deutschen Umweltpolitik unterrichten. Dabei standen die Haltung der Bundesregierung und der CDU zu Biokraftstoffen und erneuerbaren Energien sowie zur Atomenergie im Mittelpunkt. Aber auch konkrete Fragen wie die Entsorgung von Elektroschrott, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer oder die Möglichkeiten umweltverträglichen Bauens wurden besprochen.

Die Beispiele zeigen, dass politische Bildung und umweltpolitisches Engagement zwei Seiten derselben Medaille sind. Deshalb ist es ein Anliegen der KAS, Demokratieförderung mit nachhaltiger Entwicklung und Zukunftssicherung zu verbinden.



*Für junge Journalisten und für Journalistikstudenten veranstaltete das KAS-Büro in Fortaleza im September 2009 ein Praxisseminar zu umweltpolitischen Themen. Im Mittelpunkt standen die Probleme des Nationalwaldes Araripe im Bundesstaat Ceará im Nordosten Brasiliens.*